

1. November 2006

**Verordnung über die Versichertenkarte für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (VVK)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und macht davon gerne Gebrauch.

Allgemeine Bemerkungen

Die EVP begrüsst die Einführung der Versichertenkarte.

1. Das Ziel der effizienten Administration erachtet die EVP als wichtig, es ist aus unserer Sicht unbestritten.
2. Das Ziel der Verbesserung der medizinischen Qualität vor allem in der Notfallversorgung (Art. 6 und 7) erachten wir ebenfalls als wichtig. Allerdings fordern wir ausreichende Vorkehrungen, damit diese Daten nicht von Unbefugten gelesen werden können. Insbesondere ist sicherzustellen, dass Arbeitgeber ihre Angestellten nicht unter Druck setzen können, um ihnen das Lesen ihrer Daten zu erlauben. Es muss somit gefordert werden, dass Arbeitgeber generell keinen Einblick in diese Daten erhalten können.
3. Wir unterstützen die Regelung, dass die Versicherten alleine entscheiden über den Umfang der gespeicherten Daten im medizinischen Bereich.
4. Bezüglich Finanzierung der Speicherung der medizinischen Daten sind wir mit der vorgeschlagenen Lösung nicht einverstanden. Wenn die Versicherten sowohl den Aufwand selber bezahlen müssen als auch eine Prämienreduktion bzw. ein Rabatt als nicht zulässig erklärt wird (S.12 des Kommentars zur VVK), dann wird sich diese Möglichkeit der Speicherung kaum breit durchsetzen. Dann werden die Leistungserbringer auch wenig Interesse daran haben, die notwendigen Investitionen zu tätigen, um das Angebot anbieten zu können. Wir fordern einen finanziellen Anreiz für die Versicherten. Das kann mit einer Prämienreduktion oder mit der Teilübernahme der Speicherkosten durch die Versicherer erfolgen.

Spezielle Bemerkungen


5. Art. 14 Absatz 1: Wir fordern den Zusatz, dass dem Leistungserbringer auch die Information über einen allfälligen Aufschub der Kostenübernahme gegeben werden muss.

Begründung: Die Leistungserbringer brauchen diese Information, um allenfalls aufschiebbare Leistungen verweigern zu können, bis die Finanzierung gesichert ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier